

lotet den Zusammenhang von Weltgewaltordnung und Weltmoralordnung aus und analysiert vor dem Hintergrund der US-amerikanischen Politik der letzten Jahre Chancen und Grenzen einer Weltrechtsordnung mit der UNO im Zentrum.

Der größte Teil des Buchs beschäftigt sich dann mit den Bereichen „Wirtschafts- und Unternehmensethik“, was sicherlich nicht zuletzt Rupert Lay geschuldet ist, dem das Ethikjahrbuch zum 75. Geburtstag gewidmet ist. Diese Beiträge versuchen meist eine konstruktive Brücke zwischen Wirtschaft und Ethik zu schlagen. So argumentiert beispielsweise Christoph Lütge für eine Ethik, die den Widerspruch von Eigeninteresse und Moral aufgibt. Klaus-Jürgen Grün wiederum sieht in der Freiheit des Unternehmers den Ursprung verantwortungsvollen ökonomischen Handelns. Die daran anschließenden Beiträge zur Unternehmensethik wirken schon allein des Umfangs wegen wie das Zentrum des Bandes; unter anderem fragt Klaus M. Leisinger nach der „Unternehmensethik in Zeiten der Globalisierung“, Axel Höselbarth nach der „Ethik der Berater“ und André Habisch danach, „wie Corporate Citizenship über Unternehmensethik hinausgeht“.

Den Abschluß bildet ein Kapitel zum Thema „Rechtsethik“, aus dem besonders der Beitrag von Lothar Brock hervorzuheben ist. Die Berufung auf Recht, so sein Resümee, ist nicht nur eine Anwendung des Rechts, sondern immer „auch ein Akt der Rechtspolitik“ (293). Damit wird noch einmal betont, wie wichtig es ist, innerhalb globaler Verflechtungen eine Weltrechtsordnung zu etablieren. Ob damit Frieden „hergestellt“ werden kann, muß offen bleiben, aber sicherlich ist dies ein wichtiger Schritt in Richtung einer gerechten Gestaltung menschlichen Zusammenlebens.

Das Ethikjahrbuch beleuchtet unterschiedlichste Facetten des ethischen Dis-

kurses. Bei der großen Fülle von 28 Beiträgen ist es auch verständlich, daß weniger neue wissenschaftliche Erkenntnisse erarbeitet als unterschiedliche Themen angerissen werden. Der Wechsel von unterschiedlichen Weisen des Argumentierens und ethischen Denkens belebt die Lektüre. Dies ist zugleich Stärke und Schwäche des Buchs, weil man sich an einigen Stellen auch eine ausführlichere, systematische Erörterung der Fragen wünschen würde. Trotz des starken Akzentes auf der Wirtschafts- und Unternehmensethik geben die darauf bezogenen Beiträge nur bedingt den tatsächlichen ethischen Diskurs wieder, obwohl dieses Thema gerade für den philosophisch nicht versierten Leser besonders interessant ist. Hier hätte man noch ausdrücklicher der Frage nachgehen können, wieso Philosophen wie Ökonomen heute so intensiv eine Verbindung zwischen Ethik und Wirtschaft herzustellen versuchen und warum die Gesellschaft heute überhaupt ein so großes „Verlangen“ nach ethischen Begründungen hat. *Michael Reder*

PETERSEN, Thomas – MAYER, Tilman: *Der Wert der Freiheit*. Deutschland vor einem neuen Wertewandel? Freiburg: Herder 2005. 152 S. Br. 15,-.

Wieviel ist den Deutschen die Freiheit wert? Was verstehen sie darunter? Wie gewichten sie Freiheit im Verhältnis zu Gleichheit und Sicherheit? In Auswertung einer repräsentativen Allensbacher Befragung von rund 2000 Erwachsenen in Deutschland vom Herbst 2003 ermitteln Thomas Peterson (Institut für Demoskopie Allensbach) und Tilman Mayer (Professor für politische Wissenschaft an der Universität Bonn) den „Stellenwert der Freiheit in der deutschen Gesellschaft“ (9).

Von den vier unterschiedenen Freiheitsverständnissen (verantwortlich gehandhab-



te Entscheidungsfreiheit, politische Freiheit, Freiheit von Not und Freiheit als Libertinage) sind die ersten beiden – je nach Fragetechnik in unterschiedlichem Maß – relativ am meisten verbreitet. Befragte mit höherem Bildungsgrad (kaum aber solche mit höherer beruflicher Stellung) und auf der rechten Seite des politischen Spektrums beziehen sich überdurchschnittlich häufig auf die Entscheidungsfreiheit, Ostdeutsche und Personen, die viel fernsehen, dagegen überproportional auf die Freiheit von sozialer Not. Führende deutsche Massenmedien propagierten eben, so vermuten die Autoren, weit stärker den sozialen Ausgleich als die Freiheit (44).

Nachdenklich stimmt, daß 76 Prozent der Westdeutschen, aber nur 46 Prozent der Ostdeutschen sich im heutigen Deutschland frei fühlen. Letztere weisen auch – in annähernder Umkehrung des westdeutschen Ergebnisses – dem Wert der Gleichheit deutlich höhere Priorität (51 Prozent) als der Freiheit (36 Prozent) zu, mit welcher sie vor allem die Freiheit der Unternehmer und die Angst vor sozialer Freisetzung assoziieren. Zunehmend scheint als Gegenpol der Freiheit nicht mehr so sehr die Gleichheit, sondern die Sicherheit aufgefaßt zu werden, was im Wunsch nach einem umfassend schützenden Staat ebenso zum Ausdruck kommt wie in der Bereitschaft der Befragten, unter Berufung auf Sicherheit massive Eingriffe in ihre Freiheitsrechte zu rechtfertigen. Des weiteren stellen die Autoren einen deutlichen, von Bildung, Beruf und Einkommen angeblich unabhängigen positiven Zusammenhang zwischen Freiheit (verstanden als mit Mühe und Verantwortung verbundene Handlungs- und Entscheidungsfreiheit) und Glück fest. Daraus folgern sie, daß „Glück nicht durch besonders viel Freizeit, möglichst große soziale Sicherheit oder eine Vielzahl von Freizeitangeboten gefördert

wird, sondern durch Aktivität, die Möglichkeit, selbstständig und eigenverantwortlich zu handeln“ (92f.). Entsprechend müßten neue wirtschaftliche und soziale Regelungen nicht nur auf Sozialverträglichkeit, sondern auch auf „Freiheitsverträglichkeit“ hin geprüft werden.

Den weiteren Befund positiver Korrelationen zwischen ehrenamtlichem Engagement einerseits und Freiheitsgefühl sowie Glück andererseits hinnehmend, ziehen die Autoren den Schluß, daß eine konsequente „Rückführung“ sozialpolitischer Maßnahmen „auf das absolut notwendige Minimum ... langfristig ein höheres Niveau der sozialen Fürsorge ermöglicht als der Versuch, das derzeitige Niveau staatlicher Aktivitäten auf diesem Gebiet durch hohe Steuern, Abgaben und eine hohe Kontroll-dichte so weitgehend wie möglich zu erhalten“ (95). Hier schlägt das an Friedrich August von Hayek orientierte Freiheitsverständnis der Autoren durch, welches das staatliche Handeln als bloß freiheitsbeschränkend, nie aber als – je nach Kontext – auch freiheitsermöglichend begreift und deswegen undifferenziert für radikale Entstaatlichung plädiert, statt – auch gegen wirtschaftliche Einzelinteressen! – gangbare Schritte für den mühsamen gesellschaftlichen Aufbau einer sozial gebundenen Freiheitskultur und -ordnung zu erkunden. Amartya Sen dürfte dafür ergiebiger sein als von Hayek.

Berechtigt ist das Fragezeichen im Untertitel des Buches, ob ein „neuer Wertewandel“ hin zu mehr Freiheit zu erwarten sei. Für diesen spricht vornehmlich, daß sich seit 1997 der zuvor rückläufige Trend der Freiheit in Relation zur Gleichheit in eine „vielleicht ... leichte, aber noch nicht stabile Tendenz zugunsten der Freiheit“ (60) gedreht hat und daß 16- bis 29jährige Ostdeutsche erheblich freiheitlicher eingestellt sind sowohl als ihre Eltern und Großeltern



als auch als ihre westdeutschen Altersgenossen. Die Herausforderung besteht freilich darin, eine praktikable und lebenswerte Balance zwischen der Freiheit einerseits und der sozialen und inneren Sicherheit andererseits zu finden.

Michael Hainz SJ

HENGSBACH, Friedhelm: *Das Reformspektakel*. Warum der menschliche Faktor mehr Respekt verdient. Freiburg: Herder 2004. 190 S. (Herder spektrum. 5544.) Br. 9,90.

Friedhelm Hengsbach nimmt in diesem Buch vor allem die Agenda 2010, das Programm zur Reform des Sozialstaates, kritisch in den Blick. Er erkennt zwar einerseits an, daß „Ökonomie ... wichtig ist“, betont aber zugleich, daß sie „nicht alles (ist)“. Der Untertitel des Buchs macht die spezielle Perspektive Hengsbachs auf die Reformproblematik deutlich: Es geht um den menschlichen Faktor. Der Mensch, vor allem der von den Kürzungen, Sparzwängen und Einschnitten real und zum Teil existentiell betroffene, ist sein Bezugspunkt. Er betont mit Recht, daß die Marktregeln von Menschen gemacht und damit keine unausweichlichen Sachzwänge, sondern „nach gesellschaftlichen Maßstäben zu beurteilen“ (Klappentext) sind. Gemeint ist hier allerdings ein sozialetischer Maßstab, den das Zweite Vatikanum in seiner Pastoralkonstitution folgendermaßen formuliert: „Wurzelgrund nämlich, Träger und Ziel aller gesellschaftlichen Institutionen ist und muß auch sein die menschliche Person“ (GS 25). Den Blick auf die an den Rand Gedrängten zu richten, entspricht einem materialen Spezifikum christlicher Sozialethik, das mit der Formel einer „Option für die Armen“ angezeigt wird.

In den ersten fünf Kapiteln seines Buches analysiert und kritisiert Hengsbach – immer unter der bereits genannten Perspek-

tive – das breite Spektrum der Reformansätze. Die Agenda wird im Sinn einer These, die er im weiteren untermauert, als mißraten dargestellt. Ursache für den Mißerfolg sei unter anderem das Menschenbild der Agenda; sie habe sich den idealen Agenda-Menschen zurechtgeschnitten als den souveränen, ursprünglich leistungsfähigen und -bereiten, gesellschaftlich entkoppelten, flexiblen, mobilen und selbstorganisierten Menschen, wobei dieses Menschenbild keinerlei Rückbindung an die Realität habe. Die Entwicklung des Sozialstaatsdenkens in den letzten 30 Jahren hin zu „marktradikal wirtschaftsliberalen Bekenntnissen“ (21), orientiert an den US-amerikanischen Verhältnissen, wird als Hintergrund der ausschließlich ökonomischen Ausrichtung der jetzigen Reformen skizziert. Trenderklärungen, die in der allgemeinen Debatte immer wieder zu hören sind, vor allem das Problem der demographischen Entwicklung und der Globalisierung werden ebenso kritisch als zu kurz greifend dargestellt wie die (in Anlehnung an Walter Benjamin so bezeichnete) „Religion des Geldes“ und das soziologische Phänomen „Arbeitsgesellschaft im Umbruch“.

Im sechsten Kapitel – gleichsam als Dreh- und Angelpunkt – stellt Hengsbach das für seine Analyse und Kritik entscheidende sozialetische Kriterium vor: Er entfaltet sein (durchaus klassisches) Verständnis von Gerechtigkeit, in dem – so charakterisiert er das Spezifikum – der Gleichheit der absolute Vorrang gebührt. Dies belegt er anhand von drei Gleichheitsgrundsätzen, die aber durchaus kompatibel scheinen mit der Bedeutung von Gerechtigkeit als „Jedem das Seine“. Demnach ist es gerecht, „Personen, die gleich sind, gleich zu behandeln; und... Personen, die ungleich sind, ungleich zu behandeln“ (120); Gerechtigkeit bedeutet die „Zuteilung von Gütern und Rechten